2019/17 dschungel

https://www.jungle.world/artikel/2019/17/vorwaerts-und-fast-vergessen

Über Solidarität in neoliberalen Zeiten

Vorwärts und fast vergessen

Von **Jens Kastner**

Auf der Suche nach dem verlorenen Wir: Der Soziologe Heinz Bude plädiert für eine neue Kultur der Solidarität.

Im Arsenal der politischen Begriffe ist Solidarität sicherlich einer der ganz großen. Solidarität kann individuelles Verhalten ebenso beschreiben wie massenhafte Aktion, sie kann spontane Praxis genauso meinen wie einen dauerhaften sozialen Zusammenhalt. Sie wird als anthropologische Konstante, als etwas allen Angeborenes ebenso begriffen wie als Kampfbegriff, dessen Verwirklichung stets angemahnt und eingefordert werden muss. Solidarität kann staatliche Umverteilungsmaßnahmen beschreiben, sie kann aber auch alltägliche, von Mitgefühl und Empathie getragene Handlungen ohne jeden institutionellen Rahmen meinen.

> Solidarität unterliegt keinem Nutzenkalkül und ist auch keine Therapie für ein verwundetes Ich.

Eine ausführliche Beschäftigung mit dem Begriff verspricht das neueste Buch von Heinz Bude mit dem Titel »Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee«. Der Soziologe, der mit Büchern über Angst, über Gefühle allgemein, aber auch über Bildung und Ungleichheit wichtige zeitdiagnostische Analysen vorgelegt hat, zählt gegenwärtig wohl zu den meistdiskutierten Autoren seines Gebiets im deutschsprachigen Raum.

Die Solidarität hat es ihm angetan, weil sie, wie er gleich zu Beginn schreibt, »eine Möglichkeit jedes Einzelnen« ist. Sie bringt nicht unbedingt etwas ein, unterliegt also keinem Nutzenkalkül, und ist nicht einmal eine Therapie »für ein verwundetes Ich«. Und sie lässt sich, so endet das Buch, nicht moralisch erzwingen. Warum gab und gibt es also Solidarität in Institutionen und in der alltäglichen Praxis? Das versucht Bude anhand verschiedenster Beispiele herauszuarbeiten. Sein Essay wechselt dabei immer wieder zwischen eher ideengeschichtlichen Studien und makropolitischen Schilderungen hin und her: So stellt Bude etwa das Solidaritätskonzept des Soziologen Émile Durkheim vor, der trotz zunehmender Arbeitsteilung in der Moderne an den korporativen Zusammenhalt glaubte und ihn der »organischen Solidarität« von Familie, Clan und Dorf eindeutig vorzog,

weil die Solidarität in Fabrik und Stadt auch und gerade Fremden zukommt. Marx und Engels wiederum hofften auf die proletarische Solidarität, die ebenfalls Fremde zusammenbringt und sich zusätzlich auf gemeinsame Kampferfahrung stützt – oder stützen sollte. Auch der Pädagoge Jean Piaget kommt vor mit seiner Annahme, Solidarität binde sich im Laufe der kindlichen Entwicklung an Zugehörigkeit.

Zwischen all diesen Konzepten taucht plötzlich Realgeschichte auf: Ein Kapitel beschäftigt sich mit dem kommunistischen Gewerkschafter Willi Bleicher und dem Industriellenvertreter und späteren Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer. Beide hätten sich, so Budes These, im Dienste einer höheren Idee solidarisch verhalten. Die Idee einer solidarischen Zukunft der Bundesrepublik nämlich habe den KZ-Überlebenden Bleicher und den ehemaligen Nazi-Funktionär Schleyer gemeinsam nach Kompromissen suchen lassen. Dies sei nur im Rahmen der »Wiederaufbaumoderne« möglich gewesen. Heute fehle dieser Rahmen.

> Die Solidarität ist immer auf ein großes Ganzes gerichtet, das unterscheidet sie von Kooperation, Mitgefühl, Empathie und Barmherzigkeit.

Anhand des Beispiels von Bleicher und Schleyer versucht Bude zu zeigen, dass Solidarität immer auf ein großes Ganzes gerichtet sein muss, Bude nennt das die »Symbolisierung des Allgemeinen«. Dieser Bezug zum Universellem unterscheidet Solidarität auch von verwandten Begriffen wie Kooperation, Mitgefühl, Empathie und Barmherzigkeit. Das Beispiel der beiden gegensätzlichen Verhandlungspartner ist aber auch politisch aufschlussreich, denn es soll plausibel machen, dass nicht Anteilnahme oder Einfühlungsvermögen die Ungleichen zusammenbringt, sondern nur ein gemeinsam geteilter, allgemeiner Rahmen.

Ein solcher Rahmen wird etwa negiert, wenn man durch Bezug auf kollektive Identitäten nur mehr die eigene Gruppe im Blick hat und nicht mehr die Allgemeinheit, oder wenn individuelle Ängste den Blick auf das große Ganze versperren. Ängste wirken sich negativ auf die Bereitschaft zu solidarischem Handeln aus.

Das Beispiel weist aber noch auf etwas anderes hin, nämlich darauf, wie Bude sich gelingende Solidarität oder eben deren titelgebende Zukunft vorstellt. Es ist der institutionelle Kontext des Wohlfahrtsstaates, der das normative Ideal Budes bestimmt. Nur in ihm scheint sich Solidarität an Gerechtigkeit zu binden und auf Dauer durchsetzen zu lassen. Zur institutionellen Absicherung müsste bloß noch die alltägliche Verbundenheit der Menschen stärker berücksichtigt werden. Das schreibt Bude zum einen gegen die neurech-te Propaganda einer ausschließenden »Solidarität« nur für das eigene »Volk«. Das schreibt er zum anderen aber auch gegen die »verschiedensten Gruppen von Empörten«. Diese würden sich, wie Bude in einem Anflug von Abscheu in seinem ansonsten weitgehend polemikfreien Buch bemerkt, in »großartig inszenierten Versammlungen« erschöpfen und sich auf keine Stimme einigen können, »die für sie spricht«.

Auf den Gedanken, dass Solidarität auch bedeuten kann, nicht mehr für andere zu sprechen, kommt Bude gar nicht. Dabei war genau das bei den verschiedenen internationalen Solidaritätsbewegungen ausschlaggebend. Diese kommen im Buch aber

kurioserweise nicht vor. Die Solidaritätsbewegungen machten sich theoretisch und praktisch etwa mit dem antikolonialen Kampf in Algerien, mit der Kubanischen Revolution, mit Nordvietnam und den Viet Minh in den sechziger Jahren, mit Nicaragua ab 1979 und mit dem zapatistischen Aufstand in Mexiko ab 1994 gemein – um nur die schillerndsten Beispiele zu nennen. In diesen Bewegungen wurde immer auch in Frage gestellt, ob die einen für die anderen sprechen dürfen. Brauchen die Armen in der sogenannten Dritten Welt überhaupt wohlmeinende Fürsprecher in Europa? Bedienen die solidarischen Europäer nicht eher ihre eigenen Projektionen als die Interessen derer, mit denen sie solidarisch sind? Fragen wie diese kamen auf, weil diese Solidarität eine zwischen Ungleichen war, zwischen Reichen und Armen, zwischen Privilegierten und Marginalisierten.

Solidarität fußte nicht auf gleichen Arbeitsbedingungen wie in Arbeiterbewegung oder auf ähnlichen Diskriminierungserfahrungen wie etwa in der Frauenbewegung. Bude streift zwar Bürgerrechts-, Frauen- und Flüchtlingsbewegungen. In diesen Bewegungen wurde das Sprechen für andere ebenfalls als paternalistisch kritisiert. Aber die Auseinandersetzungen über die inter- oder transnationale Solidarität, die die linken Debatten der letzten 50 Jahre geprägt haben, blendet er aus. Das ist erstaunlich, weil doch diese Diskussionen auch die Effekte des Kolonialismus und die soziale globale Ungleichheit zum Thema hatten. Schließlich geht es Bude ja um die Zukunft der Solidarität in einer globalisierten Welt.

Am Ende seiner Streitschrift wendet er sich gegen den Rassismus und dessen Behauptung, »dass wir anders sind«. Wie eine von Rassismus geprägte Gemeinschaft zur Solidarität finden kann, darüber erfahren wir nichts. So findet sich insgesamt, anders als der Untertitel des Buches vermuten lässt, nicht viel über die Zukunft der Solidarität. Es ist vor allem der anerkennende Rückblick auf die staatliche Verfasstheit der alten BRD, die Budes Perspektive prägt.

Offen bleibt auch, wie diese historisch begrenzte und recht institutionell gedachte Form von Solidarität mit jener individuellen Möglichkeit zusammenpasst, als die Bude die -Solidarität auch beschreibt. Das ist bedauerlich, denn schließlich könnte Solidarität nicht weniger sein, wie Bude ganz am Ende seines Buches nahelegt, als die Antwort auf die existentielle Frage: »Wofür lohnt es sich zu leben?«

Heinz Bude: Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee. Hanser-Verlag, München 2019, 176 Seiten, 19 Euro.

© Jungle World Verlags GmbH